Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **85 (1994)**

Heft 8

PDF erstellt am: **30.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Politik und Gesellschaft
Politique et société

Bundesrat eröffnet die Vernehmlassung zur CO_2-Abgabe

(edi) Auf Brenn- und Treibstoffen soll eine CO_2-Abgabe erhoben werden. Die emissionsabhängige Lenkungsabgabe beschränkt sich auf die fossilen Energieträger. Die CO_2-Abgabe leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des Stabilisierungsziels bei den CO_2-Emissionen und beim Verbrauch fossiler Energieträger, und sie stellt einen entscheidenden Schritt dar für den marktwirtschaftlichen Weg in der Umwelt- und Energiepolitik. Sie hat – nach Einführung der dritten Stufe – jährlich rund 1300 Millionen Franken Einnahmen zur Folge. Davon sollen mindestens zwei Drittel an die Bevölkerung und an die Wirtschaft zurückfliessen. Dies teilte der Bundesrat an einer Presseorientierung vom 23. März mit.

Energie ist ein kostbares und knappes Gut. Der Energieverbrauch beeinflusst aber auch wesentlich die Umweltbelastung. Es muss deshalb alles daran gesetzt werden, dass mit Energie sparsamer und damit auch umweltschonender umgegangen wird. Nur so kommt das Ziel der nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft – dem sich die Schweiz an der Umweltkonferenz in Rio verpflichtet hat – einen entscheidenden Schritt näher. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Preis für Energie mit Hilfe einer Lenkungsabgabe deutlich erhöht werden. Es muss sich lohnen, mit Energie sparsamer umzugehen. Die Energiepreise sollen aber schrittweise und in vorausschaubarer Weise erhöht werden. Damit können Konsumenten und Wirtschaft ihr Energieverbrauchsverhalten rechtzeitig darauf ausrichten.

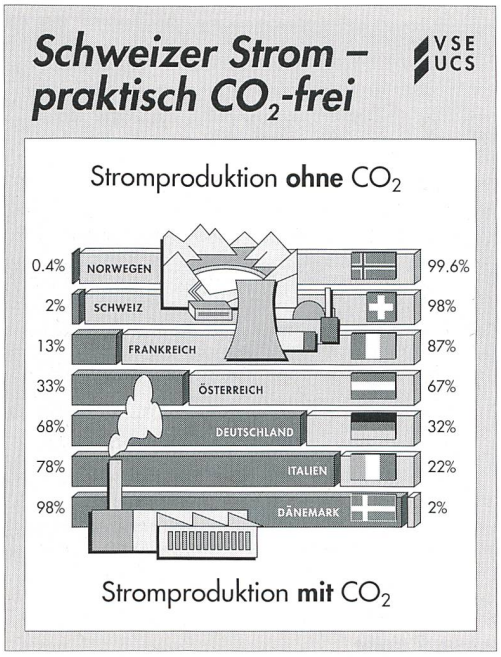
Verschiedene Gründe sprechen für die CO_2-Abgabe

Der Bundesrat hat drei verschiedene Abgabevarianten eingehend miteinander verglichen und sie gegeneinander abgewogen, nämlich die CO_2-Abgabe, eine Energielenkungsabgabe und eine kombinierte CO_2-/Energielenkungsabgabe gemäss Vorschlag der EG-Kommission. Der Bundesrat bevorzugt die CO_2-Abgabe. Diese emissionsbezogene Abgabe beschränkt sich auf die fossilen Energieträger. Damit setzt der Bundesrat auf ein Instrument, das insbesondere auf die Ziele der Klima- und der Luftreinhaltepolitik zugeschnitten ist. Diese Ziele laufen weitgehend parallel zu den energiepolitischen Zielen für fossile Energieträger, die mit dem bundesrätlichen Aktionsprogramm «Energie 2000» umschrieben werden. *Ausserdem hat der Bundesrat bei seinen Entscheiden auch berücksichtigt, dass die Elektrizität bereits durch die geplante Erhöhung der Wasserzinsen verteuert würde (laufende Revision des Wasserrechtsgesetzes).* Hinsichtlich der Einführung einer kombinierten CO_2-Energielenkungsabgabe hat die Europäische Union (EU) noch keinen Entscheid gefällt. Es drängt sich deshalb nicht auf, sich bereits heute zu eng an den Vorschlag der EU anzulehnen.

Bundesrat verfolgt drei Ziele

Konkret verfolgt der Bundesrat mit der Einführung einer CO_2-Abgabe drei Ziele:

- *Klimakonvention:* Stabilisierung der CO_2-Emissionen und des Gesamtverbrauchs fossiler Energieträger bis zum Jahr 2000 auf dem Niveau von 1990 und anschliessende Senkung. Mit der Zustimmung zur UNO-Klimakonvention im Oktober 1993 hat das Parlament diese Zielsetzung bekräftigt.
- *Luftreinhaltekonzept:* Beitrag zum Erreichen der bundesrätlichen Luftreinhalteziele, wie sie im Luftreinhalte-Konzept festgelegt worden sind. Im Vordergrund stehen hier die Stickoxid-Emissionen, die hauptsächlich aus dem Verbrauch von fossilen Energieträgern stammen. Daraus zieht die Schweiz unabhängig von ähnlichen Massnahmen im Ausland einen unmittelbaren Nutzen.
- *Marktwirtschaftliche Instrumente:* Schaffung des Spielraums, um vermehrt auf immer weitere Vorschriften in der Umwelt- und Energiepolitik verzichten zu können, zugunsten von marktwirtschaftlichen Instrumenten. Die Einführung der Abgabe hätte deshalb unmittelbare Auswirkungen auf den Inhalt des Energiegesetzes, das der Bundesrat demnächst ebenfalls in die Vernehmlassung geben will.



Schweizer Strom wird nahezu CO_2-frei erzeugt

Messnetz zur Überwachung der Radioaktivität

(eved) Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) stellte Ende März ein neues Messnetz vor. Das mit MADUK bezeichnete Netz überwacht automatisch und rund um die Uhr die Nahumgebung der Kraftwerke und registriert auch geringfügige Erhöhungen der Radioaktivität.

Die dem Bundesamt für Energiewirtschaft (BEW) angeschlossene HSK in Würenlingen hat das Messnetz zur Automatischen Dosisleistungsüberwachung in der Umgebung der Kernkraftwerke (MADUK) in den letzten zwei Jahren aufgebaut und vor einem halben Jahr provisorisch in Betrieb genommen. Die drei Orientierungsversammlungen im Paul-Scherrer-Institut in Würenlingen und in den Informationspavillons von Gösgen und Mühleberg markieren nun die offizielle Inbetriebnahme.

Die vier Messringe im Umkreis von 10 km Radius um die Kernkraftwerksstandorte Beznau, Leibstadt, Gösgen und Mühleberg setzen sich aus je 12 bis 17 Stationen zusammen. An diesen Messpunkten werden sämtliche Erhöhungen gegenüber den natürlichen Werten

der Dosisleistung (Mass für Radioaktivität) erfasst und direkt zur HSK übermittelt. Mit MADUK kann bei Betriebsstörungen sowie bei Unfällen festgestellt werden, ob Radioaktivität in die Nahumgebung entwichen ist. MADUK ist eine Ergänzung des seit sieben Jahren in Betrieb stehenden gesamtschweizerischen NADAM-Netzes (Netz für Automatische Dosis-Alarmierung und -Messung). Dieses ebenfalls zur Überwachung der Radioaktivität dienende Messnetz hat 58 über das ganze Land verteilte Stationen, davon auch je eine bei den einzelnen Kernkraftwerken.

L'électricité devient-elle trop chère?

(ep) «Bonjour la facture!» Sous ce titre en lettres grasses, un quotidien genevois commentait récemment les nouvelles hausses de tarif de courant dans notre pays. Des hausses qui atteignent plus de 20% dans certaines régions. La question mérite d'être posée: payons-nous notre électricité trop cher?

Les réactions les plus vives aux augmentations annoncées pour la nouvelle année se sont produites dans la région lausannoise. Il est vrai que le prix du kilowattheure qui s'envole d'une année à l'autre de 24% peut choquer, alors même que la conjoncture fait grise mine et que la récession entraîne une surabondance momentanée d'énergie électrique sur le marché.

Que s'est-il passé?

La Suisse romande est alimentée depuis toujours par des entreprises régionales. Parce que leurs moyens de production se sont rapidement avérés insuffisants, plusieurs d'entre elles avaient crée en 1919 l'Energie de l'Ouest-Suisse SA (EOS). Sa mission: fournir en toutes circonstances l'électricité manquante. Aujourd'hui, près des deux tiers du courant consommé en Romandie sont livrés par EOS, conformément aux décisions et sous le contrôle des principales entreprises régionales d'électricité, qui sont les propriétaires de cette société.

Après douze années de stabilité, les conditions de prélèvement auprès d'EOS ont dû être relevées: 15% au 1er octobre 1993 et 10% au 1er octobre 1994, la troisième hausse, dont le taux est en suspens, étant fixée à octobre 1995.

De fait, ce renchérissement, qui affectera les divers consommateurs en fonction des réglementations tarifaires des réseaux sur lesquels ils se trouvent, résulte très largement des entraves mises à la production et à la distribution de l'énergie sous le couvert de la protection de l'environnement.

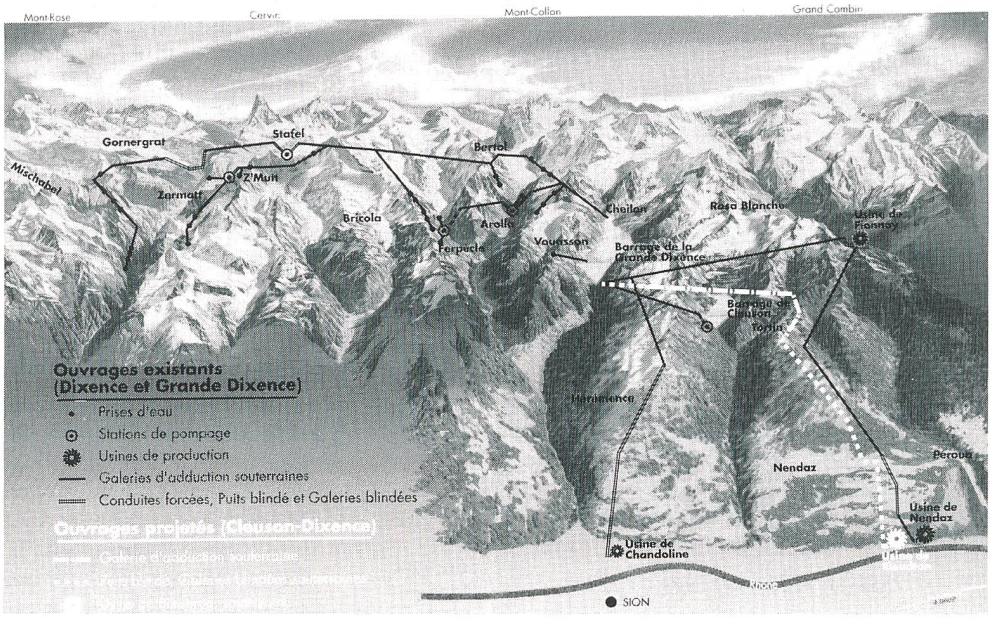
Entraves: exemples

- l'abandon des projets des centrales nucléaires de Kaiseraugst et de Graben a coûté à la seule EOS plus de 160 millions de francs;
- en remplacement de ces deux ouvrages, EOS a dû signer un contrat de prélèvement d'énergie sur la centrale française de Cattenom, moyennant un investissement initial de 350 millions de francs. Elle a ensuite passé avec Electricité de France un accord de fourniture basé sur une mise à disposition de 300 mégawatts. Cette réserve de puissance supplémentaire a coûté 1,2 milliard de francs, qu'il a fallu débourser avant même d'en obtenir le premier kilowattheure. Cet argent a dû être sollicité sur le marche des capitaux à un moment où les taux d'intérêt étaient relativement élevés;
- les pertes d'énergie imputables au retard pris par la construction de la ligne à très haute tension Galmiz–Verbois sont estimées à près de 50 millions de kilowattheures par an, soit l'équivalent de la consommation d'une ville de 7000 habitants. Il en résultera une perte globale de 150 millions de francs d'ici à l'an 2000;
- plus de 30 millions de francs ont été investis jusqu'ici dans le projet Hydro-Rhône, sans que l'on sache si les centrales prévues pourront être réalisées un jour;
- avant même le premier coup de pioche de Cleuson-Dixence, le projet subissait un renchérissement de 200 millions de francs du fait des exigences supplémentaires dans le domaine de l'environnement;
- les Chambres fédérales décidaient récemment d'augmenter de 70% les taux de redevance hydraulique, mesure qui s'ajoute à la diminution des débits découlant de la nouvelle loi sur la protection des eaux.

Facture de courant ne pèse pas encore lourd

Pour apprécier les hausses des coûts à leur juste mesure, il faut en observer l'évolution sur une plus longue période. Prenons l'exemple de la Compagnie vaudoise d'électricité pendant les vingt-cinq dernières années. On constate alors un écart proprement incroyable entre l'évolution de l'indice des prix à la consommation et celui du kilowattheure: alors que le coût moyen de la vie augmentait, entre 1967 et 1993, de 180%, celui de l'électricité ne croissait que de 37%.

(extrait de «Energie Panorama»)



Projet Cleuson-Dixence: 200 millions de francs avant le premier coup de pioche

Schweiz erneuert wissenschaftliche Beteiligung in Grenoble

(sva) Der Bundesrat hat beschlossen, die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und dem Institut Max von Laue – Paul Langevin (ILL) in Grenoble (F), in dem eine der besten Neutronenquellen der Welt in Betrieb ist, für den Zeitraum 1994 bis 1998 zu verlängern. Die intensive Nutzung dieser Grossforschungsanlage durch Schweizer Wissenschafter in

der Vergangenheit und die positive Beurteilung der Zusammenarbeit durch zwei wissenschaftliche Evaluationen rechtfertigen die schweizerische Beteiligung in Höhe von 3 Mio. Fr. jährlich, was 4,4% des Budgets des ILL ausmacht. Die Evaluationen wurden vom Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (BBW) in Auftrag gegeben.

Mit dem Abschluss eines Fünfjahresvertrages wurde die Schweiz 1988 wissenschaftlicher Partner des ILL, ab 1992 waren Verlängerungsverhandlungen vorgesehen. Da aber zu jenem Zeitpunkt Reparatur- und Revisionsarbeiten am Reaktor des ILL die wissenschaftlichen Arbeiten unterbrachen, wurden die Verhandlungen zwischen ILL und BBW erst 1993 aufgenommen. Nach dem neuen Vertrag behält die Schweiz den Status eines wissenschaftlichen Partners bei und erhält Einsitz in die Entscheidungsgremien des ILL.

Reform der französischen Strom- und Gaswirtschaft

(vdew) Die EG-Kommission hatte 1991 ein Vertragsverletzungsverfahren unter anderem auch gegen Frankreich wegen staatlicher Import- und Exportmonopole im Elektrizitäts- und Gasbereich eingeleitet. Zuletzt erwog die Kommission die Anrufung des Europäischen Gerichtshofs. Deshalb sah sich die französische Regierung gezwungen, Reformüberlegungen zur Anpassung der staatlichen Monopole der Strom- und Gaswirtschaft anzustellen.

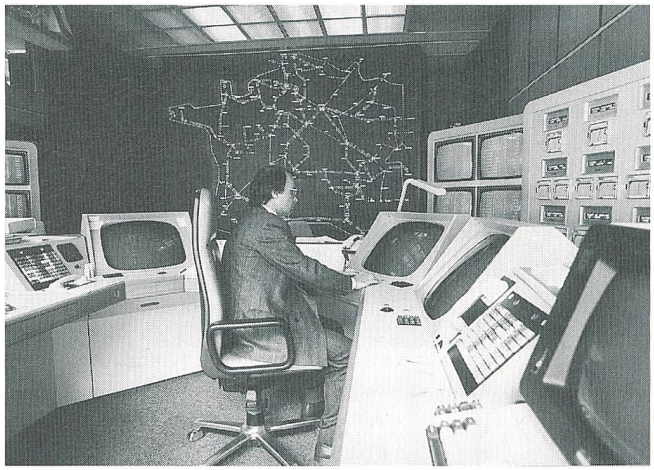
Eine vom französischen Industrieminister Longuet eingesetzte Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Generaldirektors für Energie und Rohstoffe im Industrieministerium, Claude Mandil, legte hierfür im Herbst 1993 Vorschläge vor. Die Nationalversammlung debattierte am 25. November 1993 über die Strom- und Gaswirtschaft. Sie stellte sich nahezu einmütig hinter die Position der Regierung gegenüber der EG. Diese Position legt die Beibehaltung des heutigen Ordnungsrahmens zugrunde.

Der Mandil-Bericht wurde Anfang 1994 veröffentlicht. Er schlägt eine überraschend weitgehende Umstrukturierung der französischen Stromwirtschaft vor. Unangetastet bleiben soll aber die staatliche zentrale Planung der Kraftwerkskapazitäten. Auch soll die Stromübertragung weiterhin ausschliesslich der Electricité de France (EdF) als Staatsmonopol überlassen werden. In dieser Funktion soll die EdF nach wie vor grundsätzlich für den Kauf und Verkauf von Strom zuständig bleiben und die Kraftwerke nach der Wirtschaftlichkeit abrufen.

Abbau des Produktionsmonopols

Abgeschafft werden soll jedoch das Produktionsmonopol, wobei der vorhandene Kraftwerkspark unberührt bleibt. Für neue Kapazitäten wird ein Ausschreibungssystem eingeführt, das auf den Abschluss langfristiger Bezugsverträge zwischen dem Kraftwerksbetreiber und der EdF ausgerichtet sein soll.

Import- und Exportmonopole sollen ebenfalls aufgehoben werden. Stromerzeuger würden die Möglichkeit erhalten, auf der Grundlage einer staatlichen Genehmigung Strom zu exportieren. Die nationale Versorgung hätte jedoch Vorrang. Stromexporteure sollen weitergehende Rechte als Stromimporteure erhalten, zum Beispiel das Recht zum Bau von direkten Leitungen und von Verbindungsleitungen zum Netz sowie den Zugang zum Netz («Third Party Access» – TPA). Es soll indessen verboten sein, die unterschiedlichen Stromerzeugungskosten zwischen den Staaten der Gemeinschaft auszunutzen, um Strom günstig zu exportieren. Damit will Frankreich vermeiden, dass ausländische Kraftwerksbetreiber in Frankreich die günstigen Stromerzeugungskosten nutzen, mit der Absicht, den Strom zu exportieren.



Leitstelle in einem französischen Kernkraftwerk

Stromverteilung bleibt unverändert

In der Stromverteilung werden keine Änderungen vorgeschlagen. Es wird jedoch gefordert, dass die Gemeinden als Konzessionsgeber mehr «Macht» gegenüber dem Konzessionsnehmer EdF erhalten sollten. Dies könnte erreicht werden, indem sich Gemeinden zusammenschliessen, um höhere Abgaben von EdF zu verlangen.

Die Überlegung, nach Ablauf der Konzessionsdauer Verteilerkonzessionen öffentlich auszuschreiben, wird als Lösung abgelehnt, weil dadurch der Grundsatz der Gleichpreisigkeit verletzt werden würde.

Ablehnung von TPA

Der Bericht lehnt die Einführung von TPA strikt ab, weil ein TPA-System die Versorgungssicherheit gefährden würde und mit dem Prinzip der Gleichpreisigkeit nicht vereinbar wäre. Trotz dieser Behauptung muss festgestellt werden, dass der Mandilbericht gewisse TPA-Elemente enthält. So soll der Zugang zum Netz dem Exporteur sowie dem Eigenerzeuger zur Belieferung von Betriebsstätten gewährt werden.

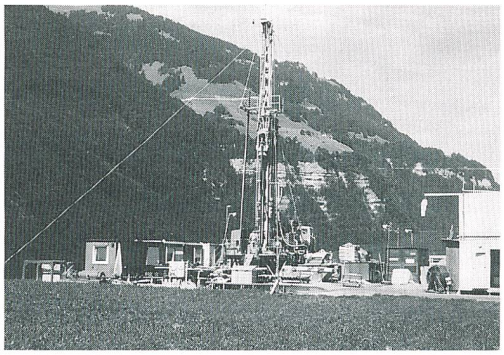
Die Reformvorschläge werden Anlass zu einer Revision des Verstaatlichungsgesetzes von 1946 geben, die möglicherweise noch in diesem Jahr verabschiedet werden könnte.

Bei den Vorschlägen Mandils fällt auf, dass der französische Strommarkt weitgehend geschützt werden soll. Dagegen wird die Exporttätigkeit, die in der Regel die französischen Gesellschaften, wenn nicht die EdF selbst betreiben, grosszügig sogar mit TPA-Elementen liberalisiert. Andererseits ist festzustellen, dass die vorgeschlagene Reform eine Umgestaltung des Ordnungsrahmens der französischen Stromwirtschaft bedeutet, die wohl noch vor einem Jahr nicht denkbar gewesen wäre.

Auch wenn der Verteilungsbereich zunächst von der Reform ausgenommen ist, wird der Versuch unternommen, die Rechte der Gemeinden als Konzessionsgeber zu stärken. Das könnte auf lange Sicht eine Schwächung der EdF im Verteilungsbereich bewirken. Im übrigen erscheint es schwer vorstellbar, dass Frankreich im Zuge einer Gesetzesänderung eine so eklatante Diskriminierung der Importeure gegenüber den Exporteuren beschliessen würde. Zumindest könnte dies die EG-Kommission veranlassen, das Verfahren wegen des Importmonopols weiter zu verfolgen.

Zustimmung des Bundesrates zur Standortwahl am Wellenberg

(ng) Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) ist erfreut, dass der Bundesrat in



Sondierbohrungen am Wellenberg

Sondages au Wellenberg

zustimmendem Sinne von ihrem Vorschlag Kenntnis genommen hat, den Nidwaldner Wellenberg als Standort zur Endlagerung kurzlebiger radioaktiver Abfälle vorzusehen. Damit sei der Weg für das Gesuch um die Erteilung der Rahmenbewilligung vorgezeichnet. Dieses soll dem Bundesrat Mitte des Jahres unterbreitet werden. Die Nagra will nicht die Vereinfachung der Bewilligungsverfahren durch die Revision des Atomgesetzes abwarten, sondern zählt auf die Akzeptanz ihres Vorhabens im Kanton und der Gemeinde. Sie will die erforderlichen Konzessionsgesuche stellen, über die an der Nidwaldner Landsgemeinde abgestimmt werden muss.

Conseil fédéral approuve le choix du site au Wellenberg

(ng) La Cédra (Société coopérative nationale pour l'entreposage de déchets radioactifs) est satisfaite du fait que le Conseil fédéral approuve la proposition du Wellenberg dans le canton de Nidwald, en tant que site de stockage final des déchets radioactifs à vie courte. La voie pour la demande de l'autorisation générale est ainsi clairement définie. Cette demande sera d'ailleurs soumise au Conseil fédéral vers le milieu de cette année. La Cédra ne veut pas attendre la simplification des procédures d'autorisation que prévoit la révision de la loi sur l'énergie atomique, mais compte sur l'acceptation de son projet par le canton et la commune. Elle entend présenter les demandes de concession requises, sur lesquelles la Landsgemeinde de Nidwald devra se prononcer.

Wasserkraftausbau verzögert

(VSE) Das Bundesprogramm «Energie 2000» will die Wasserkraftproduktion in den neunziger Jahren um 5% oder um 1650 Mio. kWh pro Jahr erhöhen. Rund 700 Millionen Kilowattstunden werden voraussichtlich im Jahr 2000 fehlen, wenn nicht bisher verzögerte Projekte realisiert werden können.

Gemäss den Zahlen des Bundesamtes für Wasserwirtschaft sind bis Ende 1993 erst 333 Mio. Kilowattstunden oder 20% der erforderlichen Mehrproduktion des Zieles von «Energie 2000» erreicht. Der Grossteil der realisierten Projekte geht allerdings auf Baubeschlüsse zurück, die vor der Lancierung von «Energie 2000» im Jahre 1991 getroffen wurden. Dies gilt zum Beispiel für die Zentrale in Martina im Engadin, die Ende Januar 1994 in Betrieb ging und jährlich durchschnittlich 290 Mio. kWh Strom produzieren wird. 14 weitere Anlagen, 9 Umbauten und 5 Neubauten, mit zusätzlichen 331 Mio. kWh sind heute im Bau. Unter Einbezug dieser Projekte ist das Ziel von «Energie 2000» erst zu 58% erfüllt.

Investitionen für die Modernisierung, den Aus- und Neubau von verschiedenen Wasserkraftwerken wurden namentlich in den 80er Jahren behindert. Solche Verzögerungen beeinträchtigen die Wirtschaftlichkeit erheblich. Beispiele für verzögerte Projekte sind die Kraftwerke Luzzone, Ruppoldingen, Wynau II und Hydro-Rhône. Das Ziel von «Energie 2000» kann aber nur erreicht werden, wenn bisher verzögerte Projekte, die umweltverträglich und wirtschaftlich sind, auch speditiv verwirklicht werden können.

Ständerat erteilt Rahmenbewilligung für Zwilag

(d) Am 17. März 1994 hat der Ständerat mit 30:0 Stimmen dem Bau eines Zwischenlagers für radioaktive Abfälle in Würenlingen AG zugestimmt. Gleichzeitig mit der Rahmenbewilligung hiess er eine finanzielle Beteiligung des Bundes von 30 Millionen Franken an den Abfallbehandlungsanlagen gut. Das rund 500 Millionen kostende Zwischenlager soll 1997 in Betrieb gehen.

Ministertreffen der IEA in Interlaken

(p) Am 21. März 1994, Tag des Inkrafttretens der internationalen Klimakonvention, sind Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten der Internationalen Energie-Agentur (IEA) zu einem informellen Treffen in Interlaken zusammengekommen. Zentrales Thema der Konferenz, die erstmals ausserhalb von Paris stattfand, waren die weltweiten Umweltprobleme.

Im Mittelpunkt bleibt weiterhin die Einführung einer Energie- oder CO_2-Abgabe auf internationale Ebene.

Organisationen Organisations

FEA: Trendumkehr im Hausgerätemarkt

(fe) Die Verkaufszahlen von Haushaltgeräten ziehen langsam wieder an. Die seit zwei Jahren festgestellten Verkaufseinbrüche sind leichten, teilweise sogar erfreulichen Zuwächsen gewichen. Das ergibt sich aus der kürzlich publizierten Marktstatistik des Fachverbandes Elektroapparate für Haushalt und Gewerbe Schweiz (FEA).

Der FEA, dem praktisch alle Hersteller und Importeure von Haushaltapparaten in der Schweiz angehören, beurteilt die gegenwärtigen positiven Ergebnisse als Anzeichen einer Konjunkturbelebung. Sie sei in den innovativen Leistungen der Branche – auch in ökologischer Hinsicht – begründet und dokumentiere eine Verhaltensänderung im Investitionsbereich. Der FEA bedauert, dass die wirtschaftspolitischen Signale für eine nachhaltige Verbesserung der Marktlage bis anhin ausgeblieben sind.

FEA: revirement de tendance du marché électroménager

(fe) Les chiffres de vente de l'électroménager se sont remis à progresser lentement. C'est